

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1999)
Heft: 3: Wege aus der Treibhausfalle

Artikel: Unzufriedene Gewerbler und Sprücheklopfer
Autor: Bonilla Gurzeler, Veronica
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

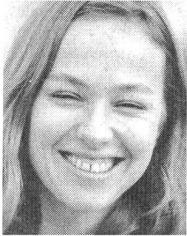
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unzufriedene Gewerbler und Sprücheklopfer

Der Kanton Basel-Stadt geht in der Energiepolitik seit Mitte der 70er Jahre einen anderen Weg als die übrige Schweiz. Den Kurs vorgegeben hat die Bevölkerung, indem sie den Bau des AKWs Kaiseraugst verhindert hatte.



Von **Veronica Bonilla Gurzeler**, freie Journalistin in Zürich

Die Kioskfrau am Bahnhof weiss genau, wo das sechste Atomkraftwerk der Schweiz hätte gebaut werden sollen. Der Ort sei nicht zu übersehen, in der Tat: Ein ungenutztes Stück Land, eine von allerlei Grünzeug überwachsene Brache, mittendrin eine verlassene Skateboardanlage.

Wäre es nach den Leuten aus der Elektrizitätswirtschaft gegangen, wäre Kaiseraugst heute in Betrieb: "Jeder Laie müsste einsehen, dass Basel auf längere Sicht kaum in der Lage sein dürfte, auf Kernenergie zu

verzichten", sagte vor 25 Jahren der damalige Direktor des Elektrizitätswerks Basel, Dr. René Galli.

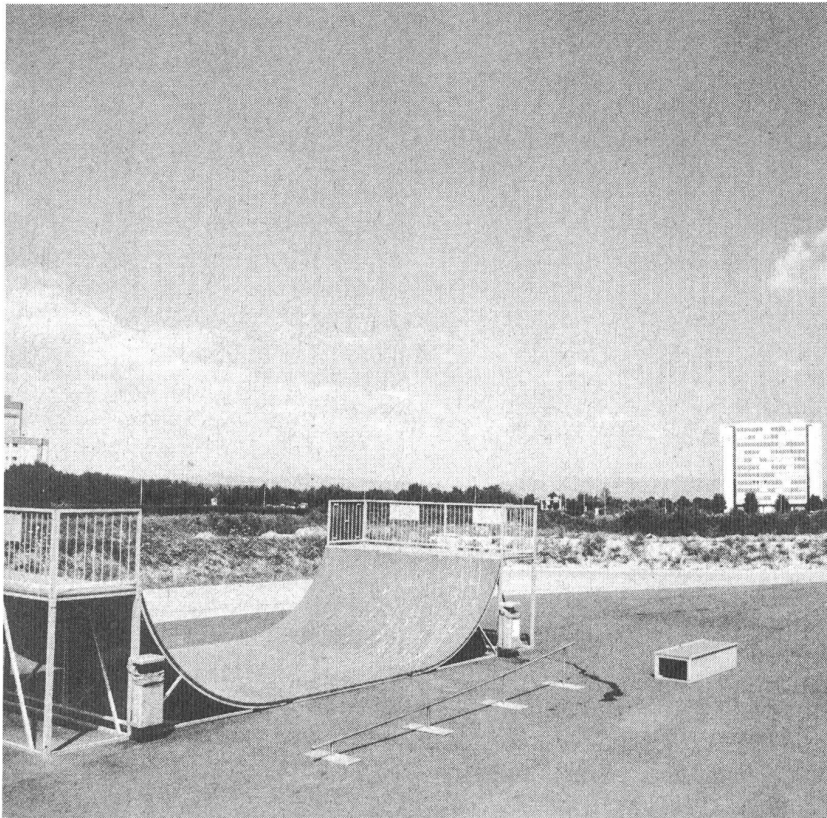
Doch dieses Mal hatten die Laien die Nase vorn und die Fachleute sich getäuscht. Letztere hatten nicht mit dem Widerstand gerechnet, der ihnen aus der breiten Bevölkerung begegnen würde. Nur ein Jahr nach Gallis Fehleinschätzung der Lage, im April 1975, besetzten Atomkraft-GegnerInnen das Baugelände des AKWs Kaiseraugst. Später beauftragte das baselstädtische Stimmvolk die Regierung, sich in Zukunft mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen den Bau neuer Atomkraftwerke einzusetzen – und legte damit den Grundstein für die Pionierrolle, die Basel-Stadt heute in der Energiepolitik einnimmt.

Das Basler Elektrizitätswerk, das sich in der Zwischenzeit mit dem Gas- und dem Wasserwerk zusammengeschlos-

sen hat und sich Industrielle Werke Basel (IWB) nennt, "war zwar radikal pro Atom", erinnert sich der Basler SP-National- und Grossrat Rudolf Rechsteiner, doch durfte die IWB keine unkündbaren Abnahmeverträge mit ausländischen Atomstromlieferanten abschliessen, wie dies in anderen Kantonen geschah. Dort müssen nun Verluste verbucht werden müssen, seit Europa auf Stromüberschüssen sitzt und die Preise rapide gesunken sind. "Wäre Kaiseraugst nicht verhindert worden, wären wir nicht weiter als der Aargau", glaubt Josef Lauber, Geschäftsleiter der Solarspargenossenschaft in Rütenberg BL.

Fortschrittliches Energiegesetz droht zu verwässern

Die IWB geschäftet seit Jahren in der Profitzone. Allein in den letzten beiden Jahren hat sie jeweils fast 22 Millionen Franken Gewinn erwirtschaftet. Zahlen, die andere Elektrizitätswerke erblassen lassen vor Neid. "Aus einer Schwäche ist eine Stärke geworden", erkennt der heutige IWB-

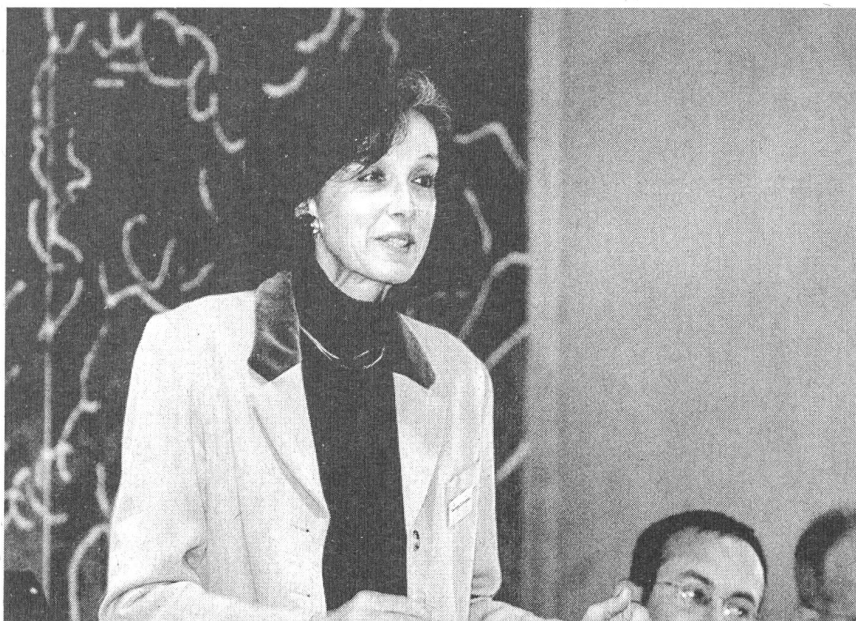


Baugelände in Kaiseraugst:

Statt Atomkraftwerk eine Skateboardanlage

Letztes Jahr wurden endlich die Sondierlöcher auf dem Gelände des verhinderten Kernkraftwerks Kaiseraugst zugeschüttet, nachdem beschlossen wurde, dass das Gelände ein Teil Bauzone und ein Teil landwirtschaftliche Ausgleichszone werden soll. Käufer und Käuferinnen werden nun gesucht. Ein Bauer hat bereits einen Rossstall aufgestellt. Ehemalige Besetzerinnen und Besetzer wollen zum 25. Jahrestag des Widerstands am 1. April 2000 auf einem elf Quadratmeter grossen Stück ein Mahnmahl errichten. Elf Quadratmeter, weil die Besetzung elf Wochen gedauert hat.

Bilder: Ali



SP-Regierungsrätin Barbara Schneider sorgte für eine andere Förderpolitik

Bild: Iris A. Stutz

Geschäftsleitungsvorsitzende Eduard Schuhmacher.

Mitten in den turbulenten Jahren im Kampf um das AKW stellte Basel ein fortschrittliches Energiegesetz auf die Beine. Bereits 1984 wurde eine zweckgebundene Abgabe auf Strom, der sogenannte "Energiesparrappen" eingeführt. Eingestiegen ist man mit 1,5 Prozent, vorgesehen sind maximal fünf Prozent Zuschlag auf dem Stromumsatz. Umstritten ist seit der Einführung der Verwendungszweck. Rechsteiner kritisiert in einer Abhandlung über das Basler Energiegesetz, dass allein zwischen 1990 und 1996 23 Millionen Franken in den Ausbau des staatlichen Fernwärmenetzes investiert worden sind. Über 80 Prozent der Mittel seien so an die Verwaltung zurückgeflossen. "Erst

seit 1995 hat man begonnen, Innovationen auf der Nachfrageseite der Konsumenten, basierend auf Sparprogrammen mit Energieanalysen, breit zu fördern. Die Chancen für eine echte ökologische Innovationspolitik sind noch nicht erkannt worden", bedauert Rechsteiner. Lauber von der Solarspar-genossenschaft ist der Ansicht, die Idee des Energiesparrappens werde in Basel falsch interpretiert: "Wenn ich als Stromkonsument einen Energiesparrappen bezahle, will ich, dass damit Projekte finanziert werden, die meinen Stromverbrauch senken, so dass ich schliesslich gleich viel bezahle für meinen Strom wie bis anhin." Statt solche Absichten zu fördern, habe sich die IWB den Einstieg in den Fernwärmemarkt gesichert.

"Statt Heizöl die Abwärme aus der Kehrlichtverbrennung zu nutzen, ist zwar eine klimawirksame Massnahme, aber nicht die Idee eines echten Energiesparrappens", sagt Lauber.

Die Kehrtwende

1996 gab es in der Basler Regierung einen Machtwechsel. Der neoliberale Energieminister Christoph Stutz wurde abgewählt. Seine Nachfolgerin aus der SP, Barbara Schneider, sorgte dafür, dass die Förderpolitik geändert wurde und die Geldmittel verstärkt Privaten zu Gute kamen. In einer einmaligen Aktion wurden in Basel-Stadt 18'000 Wassersparsets zum Preis von zwei Franken statt 29 Franken abgegeben. Seit 1996 organisiert das kantonale Amt für Umwelt

"Strom aus Wasserkraft wird ihren Wert bekommen, wenn die Konzessionen für die AKWs ablaufen."

*Eduard Schuhmacher,
Geschäftsleitungsvorsitzender der
Industriellen Werke Basel IWB*



"Stellt sich die Frage, ob die IWB die Richtige ist, Energieeffizienz zu fördern."

Josef Lauber, Geschäftsleiter der Solarspargenossenschaft in Rünenberg BL



und Energie mit dem baselstädtischen Gewerbeverband zudem verschiedene Aktionen mit dem Ziel, Energie zu sparen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das erste Projekt hiess "das bessere Flachdach". Da unter begrüntem Dächern die Raumtemperatur nachweislich tiefer ist und damit weniger Energie für die Klimatisierung dieser Räume benötigt wird, bezahlte der Kanton Basel pro Quadratmeter neu begrüntes Flachdach 20 Franken Subventionen. Eine Million Franken Fördersumme löste laut Energiefachstelle Basel-Stadt Investitionen von 14 Millionen Franken aus, eine Fläche von acht Fussballfeldern wurde bepflanzt.

Unzufriedene Gewerbetreibende

Es folgten "das bessere Fenster", "die bessere Lüftung" und "die bessere Beleuchtung". Bei den beiden letzteren schloss sich Basel-Stadt an das Investitionsprogramm des Bundes an. Der Kanton verdoppelte die Beiträge des Bundes. Die Aktionen seien ein grosser Erfolg gewesen, rühmen Gewerbeverband und Kantonales Amt. "Er lässt sich an den folgenden Relationen ablesen: Während beim bundesweiten Programm in der Sparte Beleuchtung total 76 Gesuche bewilligt worden sind, waren es alleine in Basel deren 39", sagt Rudolf Jegge, Leiter der Energiefachstelle Basel-Stadt. Der von der Beleuchtungsbranche beklagte "Formularkrieg" wurde in Basel in einer zweiten Stufe vereinfacht.

Kaum rühmen wollen die Gewerbetreibenden selbst. Keiner will genau sagen, ob und wie viel zusätzliche Arbeit die Aktion gebracht hat. "Sie hat einen Haufen Aufträge ausgelöst, und hinterher? Vielleicht fehlt die Arbeit im folgenden Jahr", sagt man bei der Fensterfirma René Schweizer AG. Unzufrieden mit dem Lauf der Dinge ist die Belüftungsbranche. "Die kleinen Betriebe haben kaum profitiert", sagt deren Vizepräsidentin Maja Wintsch, "die Million ist fast vollständig an einen einzigen Grossbetrieb vergeben worden." Jegge dementiert: "Es wurden durchaus auch kleinere Projekte realisiert." Allerdings habe die Lüftungsbranche zu schleppend reagiert. "In einer Aussprache war folgender Tenor nicht zu überhören: Wir haben keine Zeit für zusätzliche Akquisitionen", sagt Jegge. Deshalb wurde der Betrag auch nicht aufgestockt, wie dies bei der Aktion "das bessere Fenster" der Fall war, wo wegen grosser Nachfrage noch eine weitere halbe Million Franken verteilt wurde.

Unzählige Sparmöglichkeiten

Noch immer wird das Potenzial des Energiesparpappens nicht voll ausgeschöpft. Statt der möglichen fünf werden nur vier Prozent Zuschlag erhoben. Mit fünf Prozent könnte Basel jährlich über zwölf statt nur zehn Millionen Franken investieren. Beim Kanton ist man skeptisch: "Das wäre nicht sinnvoll", sagt Jegge, "wir wollen ja keine Zustände wie in der Milchwirtschaft erzeugen."

Immer noch nicht einverstanden mit der Verwendung des Energiesparpappens ist Josef Lauber: "Ein besser isoliertes Fenster spart zwar Heizöl, aber keinen Strom." Stromsparsvorschläge kann Lauber locker aus seinem Ärmel schütteln: Alle alten, stromfressenden Kühlschränke könnten ersetzt werden, neue Umwälzpumpen installiert, Energiesparlampen abgegeben, Tageslicht abhängige Beleuchtungssteuerungen in Treppenhäuser eingebaut werden, die Stadt könnte die Strassenbeleuchtung optimieren – alles Massnahmen, die den Stromverbrauch und damit die Stromrechnung senken würden. "Mittlerweile ist unwidersprochen, dass wir 30 Prozent unseres Stromverbrauchs mit effizienten Massnahmen einsparen könnten – fehlt bloss der Schritt vom Wort zur Tat." Auch Rechsteiner bemängelt, dass die IWB in den letzten Jahren wenig unternommen hat, ihre Kunden zum Stromsparen zu animieren. Doch verkauft die IWB weniger Strom, sinkt ihr Umsatz und, zumindest kurzfristig, ihr Gewinn. "Daran haben die Vorgesetzten der IWB, die Regierung, natürlich keine Freude, weil so weniger Geld in die Stadtkasse fliesst. Stellt sich also die Frage, ob die IWB die Richtige ist, Energieeffizienz zu fördern?", gibt Lauber zu bedenken. Schuhmacher räumt ein, dass dieser Konflikt besteht. Doch in der Zukunft soll alles anders werden. Just mit Anleitungen zum Strom sparen will die IWB im kommenden, geöffneten Markt die Kunden an sich binden. "Umsatz verlieren werden wir sowie-



“Wir wollen keine Zustände wie in der Milchwirtschaft.”

Rudolf Jegge, Leiter der Energiefachstelle Basel-Stadt

so, bloss soll uns nicht auch noch der Kunde abhanden kommen”, sagt Schuhmacher, “mit dem Slogan ‘Die IWB bietet mehr als Energie’ signalisieren wir, dass wir auch beraten und zu einer tieferen Stromrechnung verhelfen.”

Ökostromexport

Doch wohin mit dem überflüssigen Strom? Die IWB wird in mittelfristiger Zukunft ihre Strombezüge kaum reduzieren können. Basel bezieht 90 Prozent des Stroms aus mehrheitlich abgeschriebenen, alten Wasserkraftwerken im Tessin, im Wallis und entlang des Rheinlaufs. Die Verträge mit diesen Partnerwerken laufen frühestens 2030 aus. “Bis dahin sind wir verpflichtet, unseren Partnern die vereinbarte Menge Strom abzunehmen, ob wir sie brauchen oder nicht”, sagt Schuhmacher, “Überschüsse müssen wir weiter verkaufen, zu möglichst hohen Preisen.”

Die IWB ist deshalb daran, Abnehmer zu finden, die bereit sind, für sauberen Strom etwas mehr zu bezahlen. Weil in der Schweiz 60 Prozent des Stroms aus Wasserkraft kommen und in Deutschland nur vier Prozent, will die IWB nun die nördliche Nachbarschaft bewerben. Schuhmacher ist überzeugt: “Strom aus Wasserkraft wird ihren Wert bekommen, wenn die Konzessionen für die AKWs ablaufen.”

Noch ist es allerdings nicht soweit. Und die Marktöffnung rückt in Riesenschritten heran. Der Kampf ums Überleben ist in der Vorbereitungsphase. Mit 3,1 Prozent

Anteil am Gesamtelektrizitätsverbrauch der Schweiz belegt die IWB eine schwache Position. “Genau in diesem Moment”, bemängelt Schuhmacher, “hat man uns auch noch die finanzielle Kraft entzogen, uns sauber auf die Marktöffnung vorzubereiten.”

Erste Lenkungsabgabe der Schweiz

Passiert ist Folgendes: Anhaltend hohe Gewinne hätten die IWB dieses Jahr gezwungen, die Strompreise zu senken. BefürworterInnen der ökologischen Steuerreform um Grossrat Rechsteiner sahen ihre Stunde gekommen. Statt mit tieferen Strompreisen ein falsches Signal zum Mehrkonsum zu geben, entschloss sich der Grosse Rat, trotz heftigem Widerstand der IWB und der Handelskammer einen so genannten Strompreisbonus einzuführen.

Zwar wurden die Stromtarife Anfang 1999 um durchschnittlich 17,5 Prozent bei den Haushalten und um 27,5 Prozent beim Gewerbe gesenkt, doch gleichzeitig wurden die Stromanbieter verpflichtet, eine Lenkungsabgabe in gleicher Höhe auf die neuen Tarife draufzuschlagen. Die Erträge dieser Abgabe, jährlich total 50 Millionen Franken, werden nun als Bonus verteilt. Dieses Jahr zum ersten Mal erhalten die Baslerinnen und Basler unabhängig von der Höhe ihres Stromverbrauchs pro Person und pro Haushalt 35 Franken zurück, Betrieben werden 0,5 Prozent der ALV-Lohnsumme rückvergütet. “Diese Neuerungen sind epochal!”, freut sich

Rechsteiner, “Basel hat als erster Schweizer Kanton eine Lenkungsabgabe eingeführt.”

Den IWB-Chef stimmt dies alles andere als froh. Ausserdem wurde die IWB dazu verknurrt, eine Solarstrombörse aufzubauen mit der Bedingung, alle Einspeisungen kostendeckend zu vergüten, egal ob eine Nachfrage vorhanden ist oder nicht. Schuhmacher



“Basel hat als erster Kanton eine Lenkungsabgabe eingeführt.”
Rudolf Rechsteiner, Basler SP-Nationalrat.

befürchtet Schlimmes. Für Strom aus Windkraft konnte die IWB bisher statt der benötigten 1000 erst 45 Kunden gewinnen. Einer davon ist Schuhmacher. “Wo bleiben all diejenigen, die sich gerne mit grünen Parolen profilieren? Sind das etwa bloss Sprücheklopfer?”, fragt Schuhmacher, der die Aboliste kennt. □